

(Begrüßung im Namen des Allgäuer Kreisverbandes der Partei DIE LINKE)

Die Folgen der Corona-Krise bekommt jeder von uns tagtäglich zu spüren. Wir müssen uns jeden Tag selbst einschränken, Gaststättenbesuche bleiben aus und der persönliche Kontakt ist derzeit nur begrenzt möglich. Dass diese Maßnahmen auf Unbehagen stoßen, dürfte ebenso klar sein, wie die Gewissheit, dass wir diese Einschränkungen nicht umsonst über uns ergehen lassen. Wir tun dies alles, um unsere Mitmenschen zu schützen, allem voran diejenigen, welche die Folgen dieser Pandemie nicht so ohne Weiteres überstehen. Alle, welche die geltenden Maßnahmen einhalten, machen dies aus gesundem Menschenverstand heraus.

Und dennoch gibt es leider Einige, die den Ernst der Lage noch immer nicht begriffen haben und denen ihr eigener Egoismus wichtiger ist, als die Gesundheit ihrer Mitmenschen. Ich rede hier von Menschen, wie diejenigen, welche heute in Memmingen eine „Friday for Frischluft“ Demo veranstalten. Menschen, die bei dem Wort Maskenpflicht sofort von einer „Corona-Diktatur“ sprechen. Menschen, welche sich dauernd auf das Grundgesetz berufen, jedoch noch nie etwas vom Recht auf körperliche Unversehrtheit gehört zu haben scheinen. Und Menschen, welche im Internet absurde Verschwörungsfantasien verbreiten und sich dabei auch mit rechten Bewegungen und Parteien zusammenschließen.

DIE LINKE stellt sich offen gegen rechte Hetze und Verschwörungstheorien jeglicher Art. Für uns haben diese leeren Phrasen in einer offenen und demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Die gesundheitliche Unversehrtheit eines Jeden hat bei uns allerhöchste Priorität.

Dennoch haben auch wir Linken bereits Kritik an den ein oder anderen geltenden Corona-Maßnahmen geäußert. Restaurant- und Gaststättenbetreiber:innen haben seit März 2020 umfassende Hygienekonzepte ausgearbeitet, welche teilweise viel Geld gekostet haben, nur um jetzt wieder sämtliche Restaurants und Kneipen schließen zu können. Für diese Branche bedeutet das erhebliche wirtschaftliche Verluste, bis hin zu Konkursanmeldungen. In unseren Augen hätte es gar nicht so weit kommen dürfen, daher ist die Regierung gefragt, diesen Berufsgruppen jetzt flächendeckend unter die Arme zu greifen. Dasselbe gilt auch für unsere Kulturbranche. Ohne Kunst und Kultur wird es still werden in diesem Land.

Auch viele Beschäftigte aus anderen Branchen sind von den Folgen der Corona-Krise betroffen. Derzeit befinden sich in Deutschland über 4 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit und müssen somit auf bis zu 40% ihres Einkommens verzichten. Dennoch müssen monatliche Kosten für Miete und Strom weiterhin getragen werden. Außerdem kommt es immer wieder zu Massenentlassungen, z. B. in der Autoindustrie oder bei der Lufthansa. Die Gewerkschaft IG Metall hat für sämtliche Betriebe aus der Metall- und Elektroindustrie die Sicherung von Millionen Arbeitsverhältnissen durchgesetzt, im Gegenzug mussten die Beschäftigten auf Entgelterhöhungen in diesem Jahr verzichten. Und trotzdem werden Tausende Arbeitsstellen zusammengestrichen. Auf der anderen Seite schütten börsennotierte Unternehmen wie BMW Dividenden in Millionenhöhe an ihre Aktionäre aus. Hier läuft ganz klar etwas schief. Es kann nicht sein, dass an den falschen Stellen gespart wird. Um die wirtschaftlichen Einbußen dieser Krise bestmöglichst abfedern zu können, muss die Kaufkraft in unserer Volkswirtschaft nach wie vor sichergestellt sein. Und es kann nicht sein, dass wieder einmal diejenigen für die Krise bezahlen müssen, welche es sich am allerwenigsten leisten können. Wir als DIE LINKE fordern eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung der Corona-Krise. Hierbei sollen die reichsten 0,7 Prozent zur Kasse gebeten werden, denn diese können es sich auch leisten!

Ein ähnliches Szenario konnten wir bis vor Kurzem bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst beobachten. Noch Anfang dieses Jahres wurden die Arbeitskräfte in den sogenannten „systemrelevanten Berufen“ beklatscht und als „Held:innen in der Coronakrise“ gefeiert. Dass Applaus aber alleine nicht reicht, wollten die Arbeitgeber:innen lange Zeit nicht einsehen. Die Ausrede hierfür war immer dieselbe: Corona! Dass aber gerade diese Berufsgruppen, vor allem die Pflegekräfte, die Ausmaße der Corona-Krise tagtäglich in ihrem Berufsalltag zu spüren bekommen, ist deren Arbeitgeber:innen lange Zeit ebenfalls egal gewesen. Bereits vor der Corona-Krise herrschte ein akuter Mangel an Fachpflegekräften in Deutschland, welcher nach wie vor leider da ist. Zurückzuführen ist dies auf katastrophale Arbeitsbedingungen und eine schlechte Bezahlung. Nach schier endlos scheinenden Tarifverhandlungsrunden, konnten die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst dennoch ein brauchbares Angebot heraushandeln, welches vor allem den Pflegekräften zu Gute kommt. Wir meinen: Diejenigen, die unsere gesundheitliche Daseinsvorsorge am Laufen halten, haben noch weitaus mehr verdient. Hier sind Politik und Arbeitgeber:innen auch in Zukunft gefragt, die Rahmenbedingungen für diese Berufe zu verbessern.

Zum Abschluss möchte ich noch eines sagen: Die Corona-Krise wird uns noch lange Zeit begleiten und viel Durchhaltevermögen von uns allen abverlangen. Doch wenn wir diese Krise gemeinsam und solidarisch bewältigen, werden wir sie überwinden! Haltet euch an die Maskenpflicht, schränkt eure Kontakte weitestgehend ein und haltet euch immer schön fern von rechten Ideologien und Verschwörungskram!